



HÄUFIGE VORBEHALTE GEGEN BÜRGERBETEILIGUNG

10 Antworten





INHALT

Einführung	3
1 „Bürgerbeteiligung verlängert die Umsetzung von Projekten unnötig.“	4
2 „Damit weckt man nur falsche Erwartungen.“	5
3 „Bürger verstehen die planerischen und fachlichen Rahmenbedingungen nicht.“	6
4 „Dafür haben wir keine Zeit, kein Personal und kein Geld.“	7
5 „Es reden sowieso immer nur die gleichen Personen mit.“	8
6 „Die Bürger geben nur ihren Wunschzettel ab, wollen aber selbst keinen Beitrag leisten.“	9
7 „Das spielt doch nur Querulanten in die Hände.“	10
8 „Die Ergebnisse sind nicht repräsentativ.“	11
9 „Das, was dabei rauskommt, wussten wir schon vorher.“	12
10 „Egal wie viel wir beteiligen, am Ende meckern doch immer alle.“	13
Internetadressen	14
Die Mitglieder der „Allianz Vielfältige Demokratie“	15

EINFÜHRUNG

Bürgerbeteiligung ist die Teilhabe und Mitgestaltung gesellschaftlicher Akteure an einem Planungs- und Entscheidungsprozess durch gegenseitige Information, Konsultation und Kooperation. Gute Beteiligung stärkt das Vertrauen in politische Entscheidungen und die Legitimation von Entscheidungen. Sie fördert eine Bürgerbeteiligungskultur. Sie stärkt die vielfältige Demokratie in Deutschland.

Viele Kommunen beteiligen deshalb ihre Bürgerinnen und Bürger an konkreten Vorhaben, gestalten mit ihnen Zukunftsthemen, bieten Bürgerbudgets oder Bürgerhaushalte an.

Andere Kommunen zögern noch. Es gibt Vorbehalte, manchmal auch schlechte Erfahrungen.

Sie denken darüber nach, ob Sie in Ihrer Kommune den Schritt in die Bürgerbeteiligung gehen sollen? Sie haben selbst noch Vorbehalte? Oder müssen andere in politischen Gremien oder Verwaltung noch überzeugen?

Diese Broschüre möchte Ihnen dabei helfen, ein unvoreingenommenes Bild von guter Bürgerbeteiligung zu bekommen oder zu vermitteln.

Wir haben dazu die zehn häufigsten Vorbehalte gegen Bürgerbeteiligung gesammelt – und setzen Ihnen fundierte Argumente aus der täglichen Praxis entgegen.

In diese Publikation sind umfangreiche Erfahrungen der Mitglieder der Allianz Vielfältige Demokratie eingeflossen, die unzählige Beteiligungsprozesse überall in Deutschland initiiert, geplant, moderiert und evaluiert haben.



Die vorliegende Broschüre ist aus der Praxis für die Praxis entstanden. Weil die Verfasser davon überzeugt sind, dass es viele gute Gründe für Bürgerbeteiligung gibt, vor allem aber einen Grund: Weil's hilft. Dabei, das kommunale Miteinander besser, konstruktiver, gewinnbringender zu gestalten.

Und das ist heute herausfordernder denn je.

1 | „BÜRGERBETEILIGUNG VERLÄNGERT DIE UMSETZUNG VON PROJEKTEN UNNÖTIG.“

Planungsprozesse – insbesondere solche für große Bau- und Infrastrukturprojekte – nehmen viel Zeit in Anspruch. Grund dafür ist, dass zahlreiche Verfahrensschritte mit umfangreichen Untersuchungen zu erledigen sind.

Nicht selten kommt es aufgrund fehlenden Personals, einem „Behördenpingpong“ oder neuer Prüfungsforderungen zu Verzögerungen bei der Genehmigung. Auf Seiten der Vorhabenträger können Planungsmängel, unvorhergesehene technische Herausforderungen und Geldmangel Planungsprozesse verlängern.

Gute Bürgerbeteiligung beginnt bereits lange vor bzw. mit dem Start eines Planungsprozesses. Bürgerbeteiligung ist dann nicht etwas, das außerplanmäßig stattfindet, sondern das mit den verschiedenen Planungsphasen verzahnt ist.

Bürgerbeteiligungsmaßnahmen und einzelne Planungsschritte können parallel ablaufen und sollten sich ergänzen. Das frühe Eingehen auf die Sorgen von Anwohnern und die unmittelbare Berücksichtigung von Hinweisen der lokalen Bevölkerung können dazu beitragen, Verzögerungen und Kostensteigerungen bei der Planung zu vermeiden. Eine frühzeitige Identifizierung der potenziell Betroffenen eines Projekts und deren wertschätzende Einbeziehung kann dazu führen, dass es nicht zu Protestaktivitäten (z.B. Bauplatzbesetzungen) oder jahrelangen Gerichtsverfahren (mit aufschiebender Wirkung oder einem Baustopp) kommt.



Frühzeitig begonnene und wertschätzende Bürgerbeteiligung verlängert keinen Planungsprozess, sondern kann im Gegenteil dazu beitragen, dass komplexe Projekte ohne protestbedingte Unterbrechungen fertig gestellt werden können.

2 | „DAMIT WECKT MAN NUR FALSCHER ERWARTUNGEN.“

In der Tat ist ein gutes Erwartungsmanagement entscheidend für eine gelingende Bürgerbeteiligung. Werden beispielsweise falsche Erwartungen dahingehend geweckt, was genau der Beteiligungsgegenstand ist oder welchen Einfluss Beteiligungsergebnisse auf die Entscheidungsfindung nehmen werden, schadet Bürgerbeteiligung schnell mehr als sie nützt.

Umgekehrt beinhaltet ein gutes Erwartungsmanagement die deutliche Klärung und Kommunikation, worum es bei einer Bürgerbeteiligung geht, also was genau der Beteiligungsgegenstand ist.

Geht es beispielsweise im kommunalen Verkehrsbereich um die Anordnung des ruhenden

Verkehrs in einer einzigen Straße oder um die Parkregelung / das Parkraummanagement in einem ganzen Quartier? Oder geht es um die Veränderungen der Mobilität im Quartier insgesamt und sich daraus ableitende Maßnahmen? Und stehen Maßnahmen (teilweise) schon fest oder werden welche gesucht? Gibt es Haushaltsmittel für entsprechende Maßnahmen oder geht es zunächst nur um ein Konzept und es ist noch offen, ob die erarbeiteten Maßnahmen auch umgesetzt werden? Solche Fragen müssen vorab geklärt und leicht verständlich vermittelt werden.

Das gilt ebenso für die Frage, was mit den Ergebnissen passieren wird. Arbeitet ein Fachplanungsbüro die Ergebnisse in ihr Konzept ein? Oder stehen die Beteiligungsergebnisse „neben“ der Arbeit der Fachplaner und gehen nachrichtlich an die Politik? Ist es Ziel der Bürgerbeteiligung gemeinsam mit der Verwaltung Lösungen für Konflikte im Verkehrsbereich des Quartiers zu finden, welche dann auf rechtliche und fachliche Machbarkeit achtet, und den erarbeiteten Vorschlag der Politik zum Beschluss vorlegt?

Dieses Beispiel macht deutlich: werden die Möglichkeiten und Grenzen der Bürgerbeteiligung nicht genau genug geklärt und/ oder nicht allgemein verständlich kommuniziert, sind Missverständnisse programmiert. Das führt auch zu falschen Erwartungen.

Klärt man diese Punkte hingegen, ergibt sich daraus eine klare Rollenklärung zwischen fachlich Verantwortlichen, Verwaltung, Bürgerschaft, Stakeholdern, Politik und Entscheidern.

Gutes Erwartungsmanagement ermöglicht nicht nur eine erfolgreiche Bürgerbeteiligung, sondern führt auch zu einem deutlich besseren miteinander und stärkt das Vertrauen in den Planungs- und Entscheidungsprozess.



3 | „BÜRGER VERSTEHEN DIE PLANERISCHEN UND FACHLICHEN RAHMENBEDINGUNGEN NICHT.“

Tatsächlich ist es schwer, alles zu wissen und zu verstehen, was für einen Planungsprozess nötig ist. Doch das ist keine Voraussetzung. Um dem Arzt Hinweise zu geben, was für eine Krankheit ich haben könnte, muss ich kein Mediziner sein. Und um dem Architekten Hinweise zu geben, wie ich leben will und was mir für mein Haus wichtig ist, muss ich sein Fach nicht studieren und verstehen. Das ist sein Job.

Auch ist es Aufgabe des Architekten mir zu erklären, welche Möglichkeiten und Grenzen es gibt, welche Anregungen aufgegriffen werden können und wo welche technischen Möglichkeiten oder baurechtliche Vorgaben Grenzen setzen. Und obwohl es dazu diese Fachlichkeit des Architekten braucht, kommt niemand auf die Idee ein Haus zu planen, ohne mit dem künftigen Nutzer zu sprechen.

Wenn sich nur Fachleute politisch beteiligen dürften, sei es bei Wahlen, sei es bei planerischen Entscheidungen, würde unsere Demokratie zur Expertokratie.

Bürgerbeteiligung ist eines der wenigen Instrumente, mit denen bei den Teilnehmenden Wissen erzeugt und Verständnis für die Rahmenbedingungen geschaffen werden kann. Beteiligungsformate wie Bürgerräte und Planungszellen zeichnen sich gerade dadurch aus, dass Expertinnen und Experten fachliche Inputs geben, die den Teilnehmenden Wissen vermitteln und sie befähigen, fundierte Diskussionen zu führen. Formate wie Planungsworkshops sind geregelte, moderierte Debatten, bei denen Fachleute, aber auch politische Funktionsträger



die planerischen und fachlichen Rahmenbedingungen, aber auch die Grenzen politischer Handlungsspielräume darlegen können.

Gute Bürgerbeteiligung sorgt dafür, dass Bürgerinnen und Bürger keine Zuschauer (mehr) sind, die sich nur deshalb ärgern, weil ihnen niemand die planerischen und fachlichen Rahmenbedingungen erklärt hat.

4 | „DAFÜR HABEN WIR KEINE ZEIT, KEIN PERSONAL UND KEIN GELD.“

Gute Bürgerbeteiligung braucht tatsächlich Zeit, den Einsatz von Personal und auch Finanzen. Dieser Ressourceneinsatz ist aber kein Selbstzweck.

Bürgerbeteiligung dient dazu, die Qualität von Projekten zu verbessern, indem unterschiedliche Interessen frühzeitig einfließen. Sie erhöht damit auch die Wahrscheinlichkeit einer breiteren Akzeptanz von Vorhaben.

Gerade wenn Zeit, Personal- und Finanzressourcen knapp sind, sollte vermieden werden, dass sich Vorhaben und Projekte durch Einsprüche oder auch durch aufwändige Debatten in politischen Gremien (und damit verbundene mehrfache politische Beratungen) in die Länge ziehen. Sowohl politische als auch rechtliche „Diskursschleifen“ (letztere insbesondere bei Infrastrukturvorhaben) binden sehr viele Ressourcen und kosten viel Zeit.

Die Praxis zeigt, dass Bürgerbeteiligung darüber hinaus auch während der Planungsphase oft dazu beitragen kann, Prozesse zu beschleunigen. Fixe Termine für Beteiligungsveranstaltungen setzen auch nicht verschiebbare Termine für die fachliche Planung und Vorbereitung. Schließlich muss man etwas präsentieren und zur Diskussion stellen. Solche klaren und nicht aufschiebbaren Fristen beschleunigen Planungsverfahren.

Deshalb sollte man gerade bei knappen Ressourcen mit einer frühzeitigen und qualitativ hochwertigen Bürgerbeteiligung ansetzen. Denn die kann unter dem Strich tatsächlich Geld, Personal und Ressourcen sparen.



5 | „ES REDEN SOWIESO IMMER NUR DIE GLEICHEN PERSONEN MIT.“

In Beteiligungsprozessen machen oft vor allem jene gerne mit, die sich auch anderweitig bereits engagieren und Gehör verschaffen. Doch tatsächlich ist Beteiligung genau dazu da, jenen Angebote zu machen, die bislang nicht aktiv mitgestalten konnten oder wollten.

Um im Vorfeld einer politischen Entscheidung alle Interessen zu berücksichtigen, das Gemeinwohl effektiv zu fördern, hohe Akzeptanz herzustellen, das Vertrauen in demokratische Institutionen zu stärken und letztlich die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der Demokratie zu erhöhen, braucht es breite Beteiligung.

Breite Beteiligung misst sich nicht an der reinen Anzahl derer, die mitmachen. Vielmehr ist eine Beteiligung dann breit, wenn alle Interessen, Meinungen und Ideen, die es in einer politischen Gemeinschaft gibt, möglichst gut abgebildet sind.

Vielfalt statt Vielzahl lautet die Devise.

Breite Beteiligung folgt somit dem Grundsatz der Inklusivität: Die ohnehin Aktiven und Integrierten, die formal Gebildeten und mittleren Altersgruppen sollen nicht überrepräsentiert sein. Sondern es sollen alle Gruppen angemessen vertreten sein, die die Entscheidung etwas angeht – auch jene, die ihre Stimme sonst eher selten erheben oder schwer erheben können. Breite Beteiligung öffnet sich demnach nicht nur uneingeschränkt für alle Bürgerinnen und Bürger, sie fördert sogar aktiv die Teilnahme beteiligungsferner Gruppen.

Für das Gelingen breiter Beteiligung sind zwei strukturelle Entscheidungen von zentraler Bedeutung: erstens die Auswahlmethode (wen spreche ich wie an?) und zweitens die Wahl des passenden Beteiligungsformats (nach welchen Spielregeln, in welchem Rahmen findet der Dialog statt?)

Die Wahl geeigneter Methoden und Formate ist Voraussetzung für erfolgreiche breite Beteiligung, aber natürlich noch nicht hinreichend. Die Auswahl der Termine, niederschwellige Angebote, Aufbau persönlicher Beziehungen und einer Vertrauensbasis, sowie ein atmosphärisch angenehmes Umfeld tragen ebenfalls dazu bei.

Ob also immer „nur die gleichen Personen“ mitreden, ist nicht zufallsbedingt, sondern kann gezielt vermieden werden. Wer gut und breit beteiligt, hat Erfolg.



Broschüre „Wegweiser Breite Bürgerbeteiligung“

6 | „DIE BÜRGER GEBEN NUR IHREN WUNSCHZETTEL AB, WOLLEN ABER SELBST KEINEN BEITRAG LEISTEN.“

Wer nur nach Wünschen fragt, wird eine Wunschliste bekommen. Und damit ist die Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit dem Prozess schon programmiert. Denn natürlich kann und soll Politik und Verwaltung nicht Wunschlisten abarbeiten.

Bürgerbeteiligung soll nicht nach Wünschen Einzelner fragen, sondern Prozesse anregen, deren Ziel es ist, die besten Lösungen für viele zu entwickeln.

Dabei kommt es auf die Wahl der Methoden und Formate an: Beteiligungsformate, die ausschließlich im digitalen Raum stattfinden, leisten oft nicht mehr als das Einsammeln von Wünschen oder generieren ein Stimmungsbild. Ohne analoge Formate, ohne die Möglichkeit Fragen zu stellen, ins Gespräch zu kommen, einen kreativen Prozess zu starten, bleibt die Bürgerbeteiligung hinter ihren Möglichkeiten.

Wer sich aktiv an der Gestaltung der Stadtgesellschaft beteiligt und z.B. in einem der zahlreichen Beiräte und in runden Tischen mitarbeitet, wünscht nicht nur, sondern bringt viel ein: Neben den regelmäßigen Zeiträumen für Sitzungen und Arbeitsgruppen beraten die Beiräte Verwaltung und Politik und bringen als Interessensvertreter unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen wichtige Aspekte ein.

Viele Kommunen, die beteiligen, erleben, mit welchem Einsatz Bürgerinnen und Bürger aktiv mitarbeiten und viele Stunden unbezahlt aktiv sind, wenn sie die Räume und Freiräume dafür bekommen. Leerstände werden umgenutzt,

Grünflächen mitgestaltet, Urban Gardening aktiviert. Nachbarschaften, bei Nachhaltigkeitstagen stehen Aktive Stunden an Ständen und zeigen, was möglich ist.

Politik und Verwaltung müssen das Vertrauen, das sie einfordern, auch geben – also Räume und Freiräume schaffen für die Ermöglichung von aktivem Tun, von Selbstwirksamkeitserfahrung.



7 | „DAS SPIELT DOCH NUR QUERULANTEN IN DIE HÄNDE.“

Natürlich gibt es in unserer Gesellschaft auch Menschen mit merkwürdigen Ansichten und unsäglichen Umgangsformen. Das kann lästig sein, manchmal sogar schmerzhaft. Doch bislang ist noch kein Beteiligungsprozess allein an solchen Akteuren gescheitert.

Denn wer früh, umfassend, wertschätzend und breit beteiligt, stellt rasch fest, dass dieses Angebot angenommen wird. Und genau jene Menschen, die sich ernsthaft beteiligen wollen, tolerieren echte Querulanten nicht sehr lange. In der Abwehr von destruktiven Störungen aller Art sind Beteiligende und Beteiligte tatsächlich Verbündete mit dem gleichen Ziel: Ernsthafte Beteiligung zu ermöglichen.

So können Querulanten letztlich sogar einen positiven Beitrag zur Gruppenfindung leisten. Auch einen zweiten Vorteil können kritische Stimmen haben: Treten sie gehäuft und mit ähnlichen Argumenten auf, ist es ein guter Anlass, den Prozess selbst kritisch zu hinterfragen:

Möglicherweise wurde zu spät, zu wenig oder es wurden zu wenige beteiligt. Dann ist eine Nachbesserung angesagt.

Gute Bürgerbeteiligung ist weder fehler- noch konfliktfrei. Aber sie ist lernfähig. Und dafür braucht sie alle – die Mitgestaltenden ebenso wie jene, die gegen den Strom schwimmen.



8 | „DIE ERGEBNISSE SIND NICHT REPRÄSENTATIV.“

Eine Grundidee der Bürgerbeteiligung besteht darin, an einer wichtigen Entscheidung diejenigen Menschen zu beteiligen, die von dieser Entscheidung auch betroffen sind. Diese Gruppe ist nicht immer repräsentativ für die Gesamtbevölkerung. Und sie muss es in diesem Fall auch nicht sein.



Gute Bürgerbeteiligung liefert Ergebnisse, die stellvertretend für die Gesamtheit aller Betroffenen stehen. Die gewählten politischen Vertreter werden bei ihrer Entscheidung prüfen, ob eine vorgelegte Bürgerempfehlung überhaupt aussagekräftig und gemeinwohlorientiert ist. Daher ist die Auswahl von Betroffenen in einem Beteiligungsprozess eine Schlüsselfrage, die auch gut gemeistert werden kann.

Wenn die Bürgerinnen und Bürgern allerdings nicht an einer Entscheidungsfrage beteiligt werden sollen, sondern von ihnen eher das Einbringen von lokalem Wissen, Ideen oder Anregungen erwartet wird, ist eine Auswahl aus der Grundgesamtheit nicht unbedingt erforderlich. Denn grundsätzlich dürfen mehr umsetzbare Ideen erwartet werden, je mehr Menschen dazu gefragt werden. Ist bei einer Bürgerbeteiligung beispielsweise die besondere Perspektive von einzelnen Personengruppen von Relevanz (z.B. Bahnhofsnutzung durch Sehbehinderte), ist sogar eine überproportionale Beteiligung dieser Personengruppen erfolversprechend.

Entscheidend für den Erfolg von Beteiligung ist nicht die „Repräsentativität“ der Ergebnisse, sondern deren Qualität unter Berücksichtigung unterschiedlicher Sichtweisen. Sie legen die Grundlage für legitimierte Entscheidungen der repräsentativ gewählten Gremien.

9 | „DAS, WAS DABEI RAUSKOMMT, WUSSTEN WIR SCHON VORHER.“

Wenn das so wäre, könnte man Beteiligung schlicht simulieren: Man könnte Kohorten fingieren, z.B. die Dauernörgler, die direkt Betroffenen, die Besserwisser, die Karrieristen, die Idealisten, die Veränderungsprofiteure und die Profiteure vom Status quo usw., denen man Positionen zuweist. Und fertig.

Doch was wäre damit gewonnen, wer hätte was gelernt, wer wüsste nach der Beteiligung mehr als vorher?

Ein guter Beteiligungsprozess lebt vom munteren Austausch und von zivilisierter Streitkultur um die Sache. Alle lernen dabei, verlassen mal



Zum Beratungsangebot des
Kompetenzzentrum Bürgerbeteiligung

kurz die eigene Rolle und den Routinetunnel. Gerade weil man sich schon vorher einige Knackpunkte und deren Protagonisten denken kann, ist der Beteiligungsprozess ja so wichtig für die Verständigung zur Sache.

Die Verständigung setzt selbstredend einen Verständigungswillen voraus. Es geht darum, Schnittflächen der Interessen zu vergrößern und ein breiteres Verständnis für den erforderlichen Abwägungsprozess zu erzielen.

Diese Haltung muss vom Prozessinitiator und von Seiten der Moderation in das Beteiligungsgeschehen reingetragen werden.

Es geht darum, in kokreativer Atmosphäre genau das, was wir schon wissen, zusammenzuführen, zuzuspitzen, aufzulösen, zu ergänzen und neu zusammenzufügen zu einem Mehr, als wir schon wussten. Jeder nimmt aus der Entdeckungsreise eigene Entdeckungen mit und die Reise kann klippenfreier fortgesetzt werden auf der gemeinsam erarbeiteten Reiseroute.

Gute Beteiligung fördert den Austausch. Gerade dann, wenn es scheinbar feste Positionen und Parteien gibt. Denn dieser Austausch verändert nicht nur Ideen, sondern immer auch die Beteiligten.

10 | „EGAL WIE VIEL WIR BETEILIGEN, AM ENDE MECKERN DOCH IMMER ALLE.“

Tatsächlich hat Bürgerbeteiligung viel mit Konflikten zu tun. Oft sind Konflikte der Auslöser. Oft treten in der Beteiligung vermeintlich neue Konflikte auf und am Ende sind selten alle wirklich zufrieden.

Doch genau aus diesem Grund ist Beteiligung so wichtig: Es gibt Konflikte in unserer Gesellschaft, ja im Grunde bei jedem Vorhaben. Immer profitieren einige, andere nicht. Wiederum andere müssen möglicherweise verzichten, erdulden, tolerieren. Das fällt in einer immer individualisierteren Gesellschaft vielen immer schwerer.

Bürgerbeteiligung ist kein Allheilmittel, das Konflikte abräumt, schon gar nicht still und leise. Die Stärke von Beteiligung ist es, solche Konflikte sichtbar, verstehbar und damit auch bearbeitbar zu machen.

Je mehr Beteiligte erkennen, dass auch die Interessen anderer berechtigt sind, um so größer ist die Chance, am Ende akzeptable Lösungen zu generieren.

Um die Argumente nachvollziehbar, rechtzeitig und klar zu erkennen, ist von nicht zu überschätzender Bedeutung, dass die Kommunikation alle Bürgerbeteiligungsprozesse und Anstrengungen zu begleiten hat und gut geplant und professionell ausfällt.

Selten gibt es eine Lösung, die alle gleichermaßen glücklich macht. Oft aber macht Beteiligung die Lösung besser. Und das in doppelter Hinsicht: Mehr Menschen können sich damit arrangieren und jene, die es nicht können oder

wollen, haben tatsächlich geringere Chancen, die Lösung auf juristischem oder politischem Weg zu verhindern, wie mehrere politikwissenschaftliche Studien belegen.

Gerade, wenn gemeckert wird, ist Beteiligung besonderes hilfreich. Weil sie gegenseitige Wertschätzung fördert, Kompromisse fordert und Pfade zu Lösungen aufzeigt.



INTERNETADRESSEN

Allianz Vielfältige Demokratie: <https://allianz-vielfaeltige-demokratie.de>

Kompetenzzentrum Bürgerbeteiligung: <https://gutebeteiligung.de>

Netzwerk Bürgerbeteiligung: <https://netzwerk-buergerbeteiligung.de>

Beteiligungskompass: <https://beteiligungskompass.org>

Partizipendium: <https://partizipendium.de>

Berlin Institut für Partizipation: <https://bipar.de>

Bundeszentrale für politische Bildung: <https://www.bpb.de/themen/stadt-land/buergerhaushalt/>

IMPRESSUM

© September 2023

Allianz Vielfältige Demokratie
<https://allianz-vielfaeltige-demokratie.de>

Koordination:
Berlin Institut für Partizipation
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin

Telefon: +49 30 120 826 13
www.bipar.de
kontakt@bipar.de

Verantwortlich:
Jörg Sommer

Grundlage der Broschüre sind Beiträge von:

Rainer Carius
Martina Eick
Dr. Moritz Maikämper
Prof. Dr. Christian Mann
Monika Nickles
Dr. Andreas Paust
Jörg Sommer
Frank Zimmermann

Redaktion:
Die Mitglieder des Themenkreises Qualität der
Allianz Vielfältige Demokratie

Lektorat:
Dr. Laura Leißner
Raphael Seifen
Tamy Beyeler

Der Text dieser Publikation ist urheberrechtlich geschützt und lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International (CC BY SA 4.0) Lizenz. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>

Die eingebundenen Grafiken, das Titelfoto, Fotos, Bilder, Illustrationen sind ebenfalls urheberrechtlich geschützt, unterfallen aber nicht der genannten CC-Lizenz und dürfen nicht verwendet werden.

Bildnachweis:
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Allianz Vielfältige Demokratie

Gestaltung:
Celin Sommer
<https://deinedesignerin.de>

DIE MITGLIEDER DER „ALLIANZ VIELFÄLTIGE DEMOKRATIE“

Moritz	Ader	OECD
Dr. Rolf	Alter	Hertie School of Governance; OECD
Milan	Anton	Gesamtsteuerer Bürgerinnendialog
Prof. Dr. Jürgen	Aring	vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.
Marcel	Atoui	SPD Nordrhein-Westfalen
Elisabeth	Baden-Prahl	Landeshauptstadt Hannover Neues Rathaus
Frauke	Bathe	Senatsverwaltung für Umwelt Verkehr und Klimaschutz
Tobias	Baur	Landesnetzwerk Bürgerengagement aktiv in Berlin
Sebastian	Beck	vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.
Dr. Ruth	Beilharz	Ruth Beilharz Beratung & Entwicklung
Johannes	Bernhardt	Badisches Landesmuseum
Andreas	Bethmann	PartKommPlus
Beate	Blank	Duale Hochschule Baden-Württemberg Villingen-Schwenningen
Janine	Bliestle	Fachberatung Gemeindeforum
Marcus	Bloser	IKU GmbH
Evelyn	Bodenmeier	abstimmung21.de
Bernhard	Böhm	KNPP+
Carolin	Bohn	Westfälische Wilhelms Universität Münster
Frank	Böhnke	Deutscher Bahnkunden-Verband e.V., Bundesverband
Michaela	Bonan	Stadt Dortmund
Barbara	Bosch	Staatsministerium Baden-Württemberg
Dr. Volker M.	Brennecke	Verein Deutscher Ingenieure e.V.
Prof. Dr. Frank	Brettschneider	Universität Hohenheim, Institut für Kommunikationswissenschaft
Albertus L.	Bujard	Bürgerstiftung Heidelberg
Rainer	Carius	Ministerium für Umwelt Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg
Dr. Susanne	Cassel	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Christoph	Charlier	Willy-Brandt-Forum Unkel
Frank	Claus	IKU_DIE DIALOGGESTALTER GmbH
Billy	Contreras	Frühlingserwachen
Gregor	Dehmel	Politik zum Anfassen e.V.
Hans-Liudger	Dienel	Berlin University of Technology
Dr. Christine	Dörner	weitgeblickt
Almuth	Draeger	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
Karin	Druba	Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus Schleswig-Holstein
Elisabeth	Dütschke	Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI

Anne	Dwertmann	Jugendbildungsstätte Bremen LidiceHaus gGmbH
Vanessa	Edmeier	Hochrheinkommission
Ute	Ehren	Stadt Detmold
Benjamin David	Ehring	Universität Stuttgart
Roland	Eichmann	Stadt Friedberg
Martina	Eick	Umweltbundesamt
Christine	Eisele	Landeshauptstadt Stuttgart
Fabian	Eisenbarth	Stadt Heidelberg
Gisela	Erler	Staatsministerium Baden-Württemberg
Adalbert	Evers	Centrum für Soziale Investitionen (CSI) Universität Heidelberg
Michael	Fedler	Transferagentur Kommunales Bildungsmanagement
Norbert	Feith	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Wolfgang	Feldwisch	DB Netz AG
Thomas	Fischer	Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
Marvin	Fischer	Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung
Dr. Björn	Fleischer	Ministerium für Wirtschaft Innovation Digitalisierung und Energie
Rolf	Frankenberger	Institut für Politikwissenschaft, Eberhard Karls Universität Tübingen
Lisa	Freigang	Deutscher Volkshochschulverband
Dr. Miriam	Freudenberger	Allianz für Beteiligung e.V.
Dr. Klaus	Freytag	Ministerium für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg
Jörn	Fritzenkötter	Democratic Society
Dr. Raban Daniel	Fuhrmann	ReformAgentur Fuhrmann
Barbara	Gängler	Lebenswerke GmbH
Tilo	Garlipp-Gramann	Arbeit und Leben Bildungsvereinigung, Sachsen-Anhalt e.V.
André	Gerling	Stadt Minden
Ruth	Glörfeld	Landkreis Marburg-Biedenkopf
David	Goessmann	OECD
Christopher	Gohl	Weltethos-Institut
Michael	Golze	Deutsche Umweltstiftung
Adrianna	Gorczyk	Grüne Kreispartei Gelsenkirchen
Sandra	Gretschel	Stadt Regensburg
Astrid	Großmann	Urbanista
Vera	Grote	Johanssen + Kretschmer
Dr. Markus	Grünewald	Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg
Alexander	Grünwald	Bundeskantleramt Österreich
Franz-Reinhard	Habbel	Deutscher Städte- und Gemeindebund, Berlin

Gerald	Häfner	Democracy International e.V.
Hans	Hagedorn	Nationales Begleitgremium
Thomas	Haigis	Ehem. Stadt Filderstadt
Bernd	Hallenberg	vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. Bundesgeschäftsstelle
Monika	Hanisch	Stadt Essen
Birger	Hartnuß	Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Ilka	Hartung	Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung
Sebastian	Haselbeck	Bundeskanzleramt
Victoria	Hasenkamp	Westfälische Wilhelms Universität Münster
Hannes	Hasenpatt	Körber-Stiftung
Rosemarie	Heilig	Stadt Frankfurt am Main
Klaus-Peter	Heinrich	Ministerium für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg
Christian	Heitmeyer	Straßburger Kreis
Dietrich	Herrmann	Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung
Dr. Kurt	Herzberg	Thüringer Landtag
Daniel	Hiekel	Allianz für WERTEorientierte Demokratie e.V.
Elke	Hilgenböcker	Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie
Ralph	Hiltrop	Stadt Witten
Katja	Hinners	Landkreis Osnabrück
Daniel	Hitschfeld	navos Public Dialogue Consultants GmbH
Christoph	Hoef	Deutscher Gewerkschaftsbund
Anna	Hogeback	Landeshauptstadt München
Fredi	Holz	Sächsische Staatskanzlei
Marie	Hoppe	Bremer Netzwerk Bürgerbeteiligung Bürgerstiftung Bremen
Dr. Roman	Huber	Mehr Demokratie e.V.
Dr. Jochen	Hucke	BeGeno16 – Baugenossenschaft „Besser Genossenschaftlich Wohnen von 2016“ eG, Berlin
Frauke	Janßen	Deutscher Städtetag
Dr. Silke	Jansen	LANXESS AG
Arno	Jesse	Stadt Brandis
Dr. Christoph	Jessen	Dialogforum Feste Fehmarnbeltquerung
Frank	Jessen	Integralis e. V.
Nils	Jonas	Con Viva
Dr. Susanna	Kahlefeld	Abgeordnetenhaus von Berlin
Stefan	Kämper	Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS)
Antje	Kapek	Abgeordnetenhaus von Berlin
Hanna	Kasper	translake GmbH
Steffen	Kawohl	ehem. EnergieAgentur.NRW
Roswitha	Keicher	Stadt Heilbronn
Werner	Keil	KÖLN MITGESTALTEN - Netzwerk für Beteiligungskultur
Christian	Kemper	Facilitators for Future
Hermann	Kerler	Bundesverbandes der Regionalbewegung e.V.
Wolfgang	Klameth	Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern
Kimberly	Klebolte	DFA Digital für alle gGmbH
Dr. Katja	Klee	Gemeinde Weyarn
Dr. Ansgar	Klein	Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
Sabrina	Kleinhenz	Dachverband der kommunalen Jugendvertretungen Rheinland-Pfalz

Bettina	Knothe	Bergischer Abfallwirtschaftsverband NRW
Bettina	Koch	Stadt Kiel
Astrid	Köhler	Stadt Hamburg
Martin	Köppel	Protect the Planet
Heiko	Kretschmer	DialogGesellschaft
Jens	Kronsbein	Bezirksregierung Detmold
Dr. Thomas	Kuder	vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. Bundesgeschäftsstelle
Dirk	Lahmann	Stadt Bonn
Dr. Leonie	Lange	Landesbetrieb Straßen Brücken und Gewässer
Jan	Lange	Büro für Mitwirkung und Engagement Karlsruhe
Dagmar	Langguth	Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft
Ralf	Laumer	Landkreis Marburg-Biedenkopf
Dieter	Lehmann	Stadt Schwäbisch Gmünd
Claudius B.	Lieven	Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
Lars	Limon-Wittmann	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
Helge	Lindh	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Cornelia	Löbhard-Mann	Kommunal Agentur NRW
Stefan	Löchtefeld	e-fect dialog evaluation consulting eG
Toni	Loosen-Bach	Stadt Trier
Meike	Lücke	Landkreis Wesermarsch
Kristina	Lütters	Kommunal Agentur NRW
Anja	Lutz	Bundesministerium für Umwelt Naturschutz und nukleare Sicherheit
Dr. Dennis	Maelzer	Landtag Nordrhein-Westfalen
Dr. Moritz	Maikämper	BTU Cottbus
Prof. Dr. Christian	Mann	Universität Mannheim, Historisches Institut
Dr. Dirk	Manthey	50Hertz Transmission GmbH
Bernd	Marticke	Berlin Institut für Partizipation
Andreas	Matthes	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
Dr. Siegfried	Mauch	Führungsakademie Baden-Württemberg, Stuttgart
Stephan	Meier	eKairos
Christoph	Meineke	Gemeinde Wennigsen / Deister
Nikolaj	Midasch	Landesjugendring Baden-Württemberg e.V.
Sabine	Milowan	Montag Stiftung Denkwerkstatt
Alexis	Mirbach	Ludwig-Maximilians-Universität München
Renate	Mitterhuber	Bundesministerium des Innern
Jörg	Mitzlaff	Open Petition
Claus	Möbius	Magistrat der Stadt Frankfurt am Main
Michael	Mörike	Integrata Stiftung
Heinz-Martin	Muhle	Stadt Hamm
Martin	Müller	Städtetag Baden-Württemberg
Christian	Munk	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Dr. Michael	Münnich	Bundesministerium des Innern
Peter	Myrczik	Stadt Mannheim (ehemals)
Mechthild M.	Nagel-Dürscheid	Dr. Dürscheid + Partner Beratung.Training.Organisationsentwicklung
Patrizia	Nanz	Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS)
Matthias	Neutzner	Syncwork AG Management Consulting und Informationstechnologie

Monika	Nickles	Stadt Erlangen
Claudine	Nierth	Mehr Demokratie e. V.
Monika	Ollig	Bundeskanzleramt
Cosima	Osang	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Hanna	Ossowski	Fachhochschule für öffentliche Verwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen
Prof. Dr. Jens	Ostwaldt	IU Internationale Hochschule
Dr. Asiye	Öztürk	Bundeszentrale für politische Bildung
Michael	Paak	Stadt Sindelfingen
Kathleen	Pauleweit	Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V.
Dr. Andreas	Paust	50Hertz Transmission GmbH
Arne	Pautsch	Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg
Claudia	Peschen	Peschen
Timo	Peters	Staatsministerium Baden-Württemberg
Prof. Dr. Uwe	Pfenning	Universität Stuttgart
Michaela	Piltz	Stadt Freiburg
Dieter	Posch	Staatsminister a.D., Hessen
Karin	Prien	Ministerium für Bildung Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein
Susanne	Radmann	Wissenschaftsstadt Darmstadt
Burghard	Rech	Sächsische Staatskanzlei
Dr. Werner	Reh	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND), ehemals
Fabian	Reidinger	Staatsministerium Baden-Württemberg
Dr. Bettina	Reimann	Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)
Anna	Renkamp	Bertelsmann Stiftung
Thomas	Richert	Landtag Schleswig-Holstein
Stefan	Richter	Stiftung Naturschutz Berlin
Beate	Rohrig	Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
Thomas	Rosenthal	DIPLOMA Hochschule
Roland	Roth	Gründer Komitee Grundrechte und Demokratie; Mitglied wissensch. Beirat Attac
Sophie	Rotter	Landkreis Osnabrück
Sonja	Rube	USP Projekte GmbH
Michael	Sack	Stadt Loitz
Julian	Salandi	Kommunal Agentur NRW
Kristina	Schade	Bundesministerium des Innern
Susann	Schäfer	Staatsministerium Baden-Württemberg
Michael	Schell	Stadt Steinfurt
Prof. Dr. Theo	Schiller	Philipps-Universität Marburg
Daniel	Schily	Democracy International e. V.
Anne	Schlegel	Stadt Zella-Mehlis
Roman	Schmidt	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
Rolf	Schmidt	Niedersächsisches Ministerium für Umwelt Energie und Klimaschutz
Oliver	Schmitz	Berufundfamilie GmbH
Michael	Schneider	Stadt Mühlheim am Main
Saskia	Schnell	Flughafen München GmbH
Henrik	Schober	Hertie School of Governance
Michael	Schubek	FNP-Ausschuss Stadt Bergisch Gladbach
Hannes	Schuster	Allianz für Beteiligung
Dr. Lilian	Schwalb	Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
Dr. Christiane	Schwarte	Bundesministerium des Innern

Rico	Schwibs	Stadt Dresden, Bürgermeisteramt, Abteilung, Bürgeranliegen
Ingo	Seeligmüller	NeulandQuartier GmbH
Raphael	Seifen	Berlin Institut für Partizipation
Stephan	Siegert	DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH
Alexandra Abbrederis	Simpson	Stadt Lindau
Hanns-Jörg	Sippel	Stiftung MITARBEIT
Manuela	Skotnik	Stadt Mannheim
Susanne	Socher	Mehr Demokratie e.V., München
Jörg	Sommer	Berlin Institut für Partizipation
Celin	Sommer	one for the planet e.V.
Frank	Sondershaus	Fachagentur Windenergie an Land
Dr. Rainer	Sprengel	Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
Dr. Imke	Steinmeyer	Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz
Nathalie	Stengel	Stadt Ostfildern
Dr. Manfred	Sternberg	Bundes-SGK Vorstand
Marius	Strecker	TenneT TSO GmbH
Sven	Tetzlaff	Körper-Stiftung
Sebastian	Thom	Stadt Wolfsburg
Almuth	Thomßen	Stadtrat Jever
Petra	Türke	Stadt Wolfsburg
Frank	Ulmer	Kommunikationsbüro Ulmer GmbH
Anne-Dore	Uthe	Hochschule Harz
Martina	van Almsick	Bundesministerium des Innern
Carola	Veit	Hamburgische Bürgerschaft
Dr. Antoine	Vergne	Missions Publiques
Prof. Dr. Angelika	Vetter	Universität Stuttgart, Institut für Sozialwissenschaften
Bernd	Villwock	Steuerungsgremium, Gemeinde Weyarn
Andreas	von Zadow	VON ZADOW INTERNATIONAL
Frederik	Wegener	Liquid Democracy e.V.
Dr. Oliver	Weigel	Bundesministerium für Umwelt Naturschutz und nukleare Sicherheit
Hannes	Wezel	Staatsministerium Baden-Württemberg
Volker	Wilke	Grüne Alternative in den Räten in NRW
Dr. Winfried	Wilkens	Landkreis Osnabrück
Mona	Winkelmann	Stadt Frankfurt am Main - Der Magistrat - Hauptamt
Sabine	Woelfle	Lebenswerke Stuttgart
Katrin	Wolter	Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser
Edgar	Wunder	Mehr Demokratie e.V.
Evelyn	Wurm	Stadt Solingen
Joana	Zahl	Volt Hannover
Mohamed	Zakzak	Stadt Pforzheim
Kevin	Zdiara	HEAG mobilo
Marc	Zeccola	Universität Stutgart, Institut für VWL und Recht, Abt. für Rechtswissenschaft
Dr. Andreas	Zeuch	unternehmensdemokraten
Frank	Zimmermann	ifok GmbH
Dr. Michael	Zschesche	Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V.

Wer ist die „Allianz Vielfältige Demokratie“?

Die Allianz Vielfältige Demokratie wurde im Oktober 2015 von der Bertelsmann Stiftung initiiert und koordiniert. Im Juni 2018 erfolgte die Übergabe des Projekts an das Berlin Institut für Partizipation. Das Netzwerk ist ein freiwilliger Zusammenschluss von Vordenkenden aus Verwaltung, Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, die auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene tätig sind.

Sie verfügen über Kompetenzen und Praxiserfahrungen zur repräsentativen, direktdemokratischen oder dialogorientierten Partizipation. Sie sind Multiplikatoren und verfügen über Einflussmöglichkeiten in ihrem jeweiligen Arbeitsumfeld zur Umsetzung von Lösungen zur Gestaltung der vielfältigen Demokratie.

Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh

Anna Renkamp
Telefon: +49 5241 81-81145
anna.renkamp@bertelsmann-stiftung.de

Koordination „Allianz Vielfältige Demokratie“

Berlin Institut für Partizipation | bipar
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin

Telefon: +49 30 120 826 13
www.bipar.de
kontakt@bipar.de

